

Fragestunde

1075. Abgeordneter Udo Folgart (SPD-Fraktion)

Benutzung von Kraftfahrstraßen durch landwirtschaftliche Fahrzeuge

Die Erntezeit in der Landwirtschaft ist jedes Jahr wieder eine logistische Herausforderung. Wegen der außergewöhnlichen Niederschläge im zurückliegenden Sommer wurde das noch einmal sehr deutlich. Für den sicheren Transport, der auch für Ortslagen kein zusätzliches Risiko darstellt, kommt der Nutzung von Kraftfahrstraßen durch landwirtschaftliche Fahrzeuge vielerorts eine besondere Bedeutung zu. Im Juni 2017 wurde durch das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg ein entsprechendes Verfahren geklärt, das zu einer Genehmigung für Agrarbetriebe führen sollte.

Ich frage die Landesregierung: Wie viele Genehmigungen für die Nutzung von Kraftfahrstraßen durch landwirtschaftliche Fahrzeuge sind auf Basis dieses Verfahrens bislang in welchen Landkreisen erteilt worden?

1076. Abgeordneter Dieter Dombrowski (CDU-Fraktion)

Förderung von Projekten zur Verbesserung des Landschaftswasserhaushaltes

Nachdem insbesondere die Gewässerunterhaltungsverbände lange auf die neue Richtlinie zur Förderung von Projekten zur Verbesserung des Landschaftswasserhaushaltes seit Beginn der neuen EU-Förderperiode warten mussten, liegt diese seit Mai 2017 endlich vor. Nach Aussagen von Gewässerunterhaltungsverbänden ist ein Mittelabruf auch mehrere Monate nach dem Inkrafttreten der neuen Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der naturnahen Entwicklung von Gewässern und zur Förderung von Maßnahmen zur Stärkung der Regulationsfähigkeit des Landschaftswasserhaushaltes nicht möglich, weil Durchführungsbestimmungen fehlen sollen.

Ich frage die Landesregierung: Wie ist der aktuelle Sachstand hinsichtlich der Förderung von Projekten nach der Richtlinie zur Gewässerentwicklung und zur Stärkung des Landschaftswasserhaushaltes, inklusive notwendiger Durchführungs- oder Nebenbestimmungen?

1077. Abgeordneter Marco Büchel (Fraktion DIE LINKE)

Freizeitticket

Beim VBB gibt es ein Freizeitticket für monatlich 15 Euro für Schüler und Auszubildende für die Nutzung im VBB-Netz ab 14 Uhr. Jedoch ist dieses Ticket nur in der Kombination mit einem Schülerticket (Fahrten zur Schule) oder einer normalen Monatskarte kombinierbar. Schüler, die kein Schülerticket benötigen, da der Schulweg zu Fuß erreichbar ist, müssen sich erst ein normales Monatsticket kaufen, damit sie in den Genuss des Freizeittickets kommen.

Hinzu kommt, dass dies nicht nur eine Einschränkung für viele junge Menschen ist, sondern, dass Schüler ab 15 Jahren nach VBB-Tarif keine Ermäßigung bekommen. Das heißt, sie müssen eine Monatskarte im vollen Preis zahlen, die sie so gar nicht benötigen, damit sie das Freizeitticket nutzen können.

Ich frage die Landesregierung daher: Welche Veränderungen sind geplant, um Verbesserungen für diesen genannten Schülerkreis für ein Freizeitticket zu schaffen?

1078. Abgeordneter Sven Schröder (AfD-Fraktion)
Wölfe im Land Brandenburg

In einem Fachgespräch zum Thema Wolfsmanagement, das der Ausschuss für ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft durchgeführt hat, wurden von zwei Sachverständigen die aktuell im EU-Mitgliedsland Schweden anerkannten Maßnahmen zur Regulierung der Wolfsvorkommen vorgestellt. Für Schweden ist der nationale Referenzwert für den günstigen Erhaltungszustand des Wolfs auf 270 bis 300 Exemplare angesetzt.

Für die viel geringere Fläche Brandenburgs gibt die Landesregierung in ihren Antworten zu den Kleinen Anfragen Drucksache 6/7150 und Drucksache 6/7432 keine Bestandszahlen zur Wolfspopulation an.

In der im Internet veröffentlichten Karte des Landesamtes für Umwelt „Wolfsnachweise in Brandenburg“ sind 25 Wolfsvorkommen innerhalb von Brandenburg, 14 grenzübergreifende Wolfsvorkommen und sechs Suchräume dargestellt.

Eine konkrete Zahl der in Brandenburg lebenden Wölfe ist nicht veröffentlicht.

Da die Wolfspopulation in Brandenburg jährlich um ca. 30 Prozent anwächst, ist es nur eine Frage der Zeit, bis auch für Brandenburg geeignete Maßnahmen zur Regulierung der Wolfspopulation durchgeführt werden müssen.

Ich frage die Landesregierung nochmals: Wie viel Wölfe leben nach ihrem aktuellen Kenntnisstand in Brandenburg einschließlich der Jungwölfe aus dem Jahr 2017?

1079. Abgeordnete Marie Luise von Halem (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Studentisches Wohnen in der neuen Potsdamer Mitte

Wohnraum für Studierende ist insbesondere in Potsdam enorm knapp. Obwohl die Stadt Potsdam studentisches Wohnen auf dem Areal der ehemaligen Fachhochschule Potsdam ausdrücklich befürworten würde, hat sich das Studentenwerk Potsdam an der Ausschreibung für das erste Baufeld auf diesem Gelände nicht beteiligt. Das Studentenwerk begründet dies mit den im Bundesvergleich schlechten Kredit- und Förderbedingungen in Brandenburg.

Deshalb frage ich die Landesregierung: Welche Möglichkeiten sieht sie, das Studentenwerk in die Lage zu versetzen, sich am Ausschreibungsverfahren für die Potsdamer Mitte zu beteiligen?

1080. Abgeordneter Sven Petke (CDU-Fraktion)
Aufbau eines Portalverbundes zwischen Bund und Ländern

Im Rahmen der Einigung zum Paket der Bund-Länder-Finanzbeziehungen wurde sich auch auf den Aufbau eines Online-Portalverbundes verständigt, über den Bürger und Unternehmen auf Online-Anwendungen der öffentlichen Verwaltung zugreifen können. Dies ist ein wichtiger Schritt zur weiteren Digitalisierung der Verwaltung, welche für die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen erhebliche Verbesserungen mit sich bringen wird. Die technische Vorbereitung zur Implementierung des Portalverbundes wird vom Bund gemeinsam mit den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen vorangetrieben.

Ich frage die Landesregierung: Welche Anregungen und Expertise hat sie im Rahmen der Entwicklung des Portalverbundes eingebracht?

1081. Abgeordnete Anke Schwarzenberg (Fraktion DIE LINKE)
Sturmschäden im Landeswald

In den letzten Wochen sind mehrere orkanartige Stürme über das Land gezogen und haben erhebliche Schäden verursacht.

Ich frage die Landesregierung: Wie stellt sich die Schadenssituation im Landeswald dar?

1082. Abgeordneter Péter Vida (fraktionslos)
Zusätzliche Prävention gegen Sturmschäden

Die Sturmtiefs Xavier und Herwart führten im Oktober zu großen Schäden in Brandenburg. Insbesondere führten sie zu tagelangem Ausfall von S-Bahn-, Regionalbahn- und Regionalexpresslinien, vor allem durch umgestürzte Bäume. In der Folge wurden verschiedene Präventionsmaßnahmen vorgeschlagen, um in Zukunft Schäden zu reduzieren, bis hin zu einschneidenden Maßnahmen wie Entfernung bzw. Kontrolle aller Bäume in einem 60 Meter breiten Streifen längs der Bahnlinien.

Ich frage die Landesregierung: Welche zusätzliche Maßnahmen plant sie, um die Schäden bei zukünftigen Stürmen zu reduzieren?

1083. Abgeordneter Andreas Gliese (CDU-Fraktion)
Blühstreifen als Agrarumweltmaßnahme

In der Landtagssitzung im September 2017 beschlossen die Koalitionsfraktionen, dass zur weiteren Ausdehnung von Blühstreifen und -flächen auf landwirtschaftlichen Flächen ein entsprechendes Förderprogramm für die EU-Förderperiode nach 2020 vorgesehen werden soll. Begründet wurde die Ablehnung des ursprünglichen Antrages der CDU-Fraktion, welcher eine entsprechende Agrarumweltmaßnahme bereits in dieser EU-Förderperiode forderte, unter anderem damit, dass hierfür eine Programmänderung des Entwicklungs-

programms für den ländlichen Raum Brandenburgs und Berlin 2014 bis 2020 notwendig sei. In der Antwort auf die Kleine Anfrage 3019 (Drucksache 6/7539) führt die Landesregierung nunmehr aus, dass sie beabsichtigt, einen dritten EPLR-Änderungsantrag aufgrund finanzieller Umschichtungen vorzunehmen.

Ich frage die Landesregierung: Warum ist es nach ihrer Auffassung nicht möglich, für die laufende EU-Förderperiode eine Agrarumweltmaßnahme für die Anlage von Blühstreifen vorzunehmen, wenn das Land nunmehr sowieso einen Änderungsantrag zum EPLR beabsichtigt und damit der Grund für die Ablehnung der ursprünglichen Forderung im September hinfällig erscheint?

1084. Abgeordneter Gordon Hoffmann (CDU-Fraktion)

Schulische Mitwirkungsrechte in Klassen mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“

Mit der Novelle des Brandenburgischen Schulgesetzes vom Juli 2017 hat der Landtag die Partizipationsrechte von Schülerinnen und Schülern an Schulen mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“ ausgeweitet. An den fraglichen Schulen gibt es aber noch nicht die nötige Erfahrung damit.

Ich frage die Landesregierung: Wird sie dazu Handreichungen oder Durchführungsbestimmungen erarbeiten?

1085. Abgeordnete Anke Schwarzenberg (Fraktion DIE LINKE)

Wildunfälle in Brandenburg

Presseberichten zufolge haben Wildunfälle in den letzten Jahren in Brandenburg stark zugenommen.

Dies wird mit erhöhten Wildbeständen in Verbindung gebracht.

Ich frage die Landesregierung: Welche weiteren Möglichkeiten sieht sie, um die Gefahr von Wildunfällen zu reduzieren?

1086. Abgeordneter Benjamin Raschke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ultrafeinstaubmessung am künftigen BER

Auf Drängen der BER-Anwohner, deren Gemeinden und Landkreise wurde das Landesamt für Umwelt vom Umweltminister beauftragt, ein Ultrafeinstaubmessprogramm aufzulegen. Es ist vorgesehen, zwei Ultrafeinstaubmessgeräte anzuschaffen und zu betreiben.

Ich frage daher die Landesregierung: Trifft es zu, dass keine der beiden Stationen die Ultrafeinstaubbelastung durch den künftigen BER messen soll?

1087. Abgeordneter Benjamin Raschke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Tierheim Fermerswalde bei Herzberg

Laut Medienberichten hat der Landkreis Elbe-Elster dem Tierschutzverein Elbe-Elster e. V., Betreiber des Tierheims Fermerswalde bei Herzberg, die Betreibererlaubnis entzogen.

Im April dieses Jahres wurde bereits ein Aufnahmestopp für Tiere durch den Landkreis ausgesprochen.

Gründe für den Aufnahmestopp und den Entzug der Betreibererlaubnis seien fehlende Sachkundenachweise und fehlende Vereinbarungen, wie diese nachgeholt werden sollten. Weiterhin gab es Verstöße gegen den Impfstatus und tierärztliche Untersuchungen sowie erhebliche Mängel in der Dokumentation darüber, welche Tiere abgegeben wurden.

Der Tierschutzverein stellte einen Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz beim Verwaltungsgericht, welcher das Gericht im September dieses Jahres ablehnte. Dies könnte bedeuten, dass der Tierschutzverein das Tierheim nicht mehr weiter betreiben darf und die Tiere durch das Veterinäramt des Landkreises in anderen Tierheimen unterzubringen wären.¹

Ich frage daher die Landesregierung: Wie lauten die festgestellten Verstöße gegen den Tierschutzverein Elbe-Elster e. V., welche zum Aufnahmestopp und zum Entzug der Betreibererlaubnis geführt haben?

1088. Abgeordneter Benjamin Raschke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Erschossener Wolf im Fläming

Anfang November wurde bekannt, dass in einem Forstrevier bei Bad Belzig bei einer Gesellschaftsjagd eine Wölfin erschossen wurde. Gegen den aus Dänemark stammenden Jäger hat der Jagdleiter Anzeige erstattet, auch der WWF will Strafanzeige stellen.

Ich frage die Landesregierung: Welche Hintergründe sind ihr Landesregierung zu diesem Fall mittlerweile bekannt?

1089. Abgeordneter Benjamin Raschke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Studien zur Nutzung der Lausitzer Tagebauseen zum Hochwasserschutz

2013 beauftragte das Landesamt für Umwelt eine Machbarkeitsstudie zur Nutzung der Tagebauseen im Gebiet der Schwarzen Elster für den Hochwasserrückhalt.

Im Rahmen des Nationalen Hochwasserschutzprogrammes sind drei vertiefende Untersuchungen zur Nutzung von Tagebauseen für den Hochwasserrückhalt und die entsprechenden Auswirkungen auf die hydrogeologischen Verhältnisse (Geohydraulik), die Niedrigwasserbewirtschaftung und die Gewässergüte geplant.

Im August 2016 beauftragte die Landesregierung die Studie zur Geohydraulik und 2017 soll die Beauftragung zu den Auswirkungen auf die Niedrigwasserbewirtschaftung und die Gewässergüte erfolgen.²

¹ https://www.lr-online.de/lausitz/herzberg/das-herzberger-tierheim-ist-dicht_aid-4839161

² https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_5900/5958.pdf

Ich frage die Landesregierung: Wann sind die Ergebnisse der drei geplanten Studien zu erwarten?

1090. Abgeordneter Benjamin Raschke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Einfluss der Binnenschifffahrt auf die Luftqualität

Nach Angaben des Landesumweltamtes Nordrhein-Westfalen ist die Situation am Rhein wegen des Schadstoffausstoßes in die Luft durch die Binnenschifffahrt mit einer stark befahrenen Autobahn vergleichbar. Nun misst das Landesumweltamt Nordrhein-Westfalen seit diesem Monat mit zwei Messcontainern am Rhein kontinuierlich Daten zur Luftqualität am Fluss. Die Datenerhebung und -analyse ist Teil eines EU-Vorhabens und wird zwei Jahre dauern.

Mit Hilfe der Daten könne in Zukunft besser beurteilt werden, wie die Abgase aus den Binnenschiffen die Luftqualität beeinflussen. Untersucht wird mit Hilfe einer Schiffserkennung auch die Auswirkung von schadstoffmindernden Maßnahmen an Binnenschiffen³.

Die Binnenschifffahrt auf Brandenburger Gewässern, wie z. B. der Spree, Havel und Oder, sind in der Quantität nicht mit der des Rheins zu vergleichen. Dennoch emittiert der Schiffsverkehr auf den Flüssen Schadstoffe, welche die Luftqualität beeinflussen.

Ich frage daher die Landesregierung: Welche Messungen zum Einfluss der Binnenschifffahrt auf die Luftqualität entlang Brandenburger Flüsse liegen ihr vor?

1091. Abgeordnete Heide Schinowsky (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Neue Erkenntnisse zum „Schwarzer Staub“ in Spremberg?

Anwohner des Industrieparks Schwarze Pumpe in Spremberg beklagten im Jahr 2016 Staubbiederschlag aus schwarzen Partikeln. Der Immissionsschutzbeauftragte des Kohlekraftwerksbetreiber LEAG kündigte daraufhin eine Rasteranalyse an, unter anderem am zentralen Eisenbahnbetrieb im Industriepark und an den Hauptwerkstätten, wo die Kohlezüge ausgekippt werden. Zudem wurden Bürger gebeten worden, soweit möglich Proben der Staubbiederschläge zu sammeln und dem Immissionsschutzbeauftragten zu übergeben. In der Antwort auf eine Mündliche Anfrage vom 14. Dezember 2016 verkündete Wirtschaftsminister Albrecht Gerber: „Gegebenenfalls müssen weitere Messpunkte errichtet werden und weitere Messreihen untersucht werden. Haben Sie insofern noch etwas Geduld; sobald mir weitere Ergebnisse vorliegen, bin ich gerne bereit, Ihnen diese zukommen zu lassen“ (vgl. 37. Plenarsitzung des Landtages Brandenburg am 14. Dezember 2016/TOP 2: Fragestunde, LT-Drs: 6/5603, Mündliche Anfrage Nr. 733 „Schwarzer Staub in Spremberg“).

Ich frage die Landesregierung: Aufgrund welcher neuen Erkenntnisse über die Herkunft des schwarzen Staubes hat sie welche Maßnahmen eingeleitet?

³ <https://www.ksta.de/nrw/landesumweltamt-misst-erstmal-abgase-aus-binnenschiffen-28643788>

1092. Abgeordneter Benjamin Raschke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zum Pilotprojekt Entschlammung der Spreewaldfließe

Am 17.10.2017 informierte das Ministerium per Pressemitteilung, dass das Pilotprojekt zur Entschlammung der Spreewaldfließe erfolgreich abgeschlossen sei. Minister Vogelsänger sagte, dass die Grundlage geschaffen sei, „... dass zukünftig an den neuralgischen Fließabschnitten im Spreewald eine regelmäßige Entschlammung durchgeführt werden kann.“⁴ Seit dem 18.10.2017 ist der Abschlussbericht auf der Webseite des MLUL für die Öffentlichkeit zugänglich.⁵

Die Dokumente des Abschlussberichtes kommen zu dem Ergebnis, dass das Sprühverfahren für ungeschützte Biotope und Lebensraumtypen geeignet sei und dort auf eine Vegetationsaufnahmen verzichtet werden könnte, vorausgesetzt, es wird in kürzeren zeitlichen Abständen entschlammt. Aus Sicht des Bodenschutzes kommt das Pilotprojekt zu dem Ergebnis, dass eine „Substrat-Nutzungs-Matrix“ angewandt werden sollte. Damit könne zukünftig auch auf Bodenuntersuchungen verzichtet werden. Zum Umgang mit belastetem Baggergut kommt das Pilotprojekt nicht zu gesicherten und validierten Aussagen. Der nun abgestimmte Verfahrensablauf ist auf einer Seite im zeitlichen Jahresverlauf skizziert.

Leider beinhaltet der Abschlussbericht keine Aussagen zu Ergebnissen der Schlamm- und Wasserbeprobung an den Pilotstrecken, zum zukünftigen Umgang mit belasteten Schlämmen, zur Kostenanalyse der Maßnahmen und zur zukünftigen Zielsetzung und Finanzierung der Entschlammung der Spreewaldfließe.

Ich frage daher die Landesregierung: Welche Kosten sind für die Entschlammung von wie viel Kilometern Spreewaldfließen jährlich für die kommenden drei Jahre geplant?

1093. Abgeordneter Benjamin Raschke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umsetzung der Teilstilllegung des Wiesenhof-Schlachthofs Königs Wusterhausen

Die Märkische Geflügelhof-Spezialitäten GmbH in Königs Wusterhausen/Niederlehme vermarktet ihre Produkte unter dem Markennamen „Wiesenhof“. Sie hat ihre Geflügelschlacht- und -verarbeitungsanlage deutlich länger als ein Jahr mit einer Kapazität betrieben, die weit über das genehmigte Maß hinausgeht. Am 20. Juni 2017 wurde deshalb ein Bescheid zur Teilstilllegung erlassen unter Anordnung des Sofortvollzugs. Dem Betreiber wurde auferlegt, die Produktion bis zum 6. September 2017 auf das genehmigte Maß zurückzufahren. Der Betreiber kam dieser Anordnung nicht nach, sondern legte Widerspruch ein. Der Widerspruch wurde vom Landesamt für Umwelt (LfU) offenbar zurückgewiesen. Es folgte ein Eilantrag des Betreibers zur Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung seines Widerspruchs gegen die Teilstilllegungsverfügung. Das LfU wurde daraufhin vom Verwaltungsgericht Cottbus um vorläufigen Verzicht auf Vollziehungsmaßnahmen gebeten.

Ich frage daher die Landesregierung: Wie ist der aktuelle Stand zur Umsetzung der Teilstilllegung des Wiesenhof-Schlachthofs in Königs Wusterhausen?

⁴ <http://www.mlul.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.303992.de>

⁵ <http://www.mlul.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.537016.de>